

These 1: Der in unserem Land erreichte materielle Wohlstand beruht unter anderem auf der Ausbeutung von Natur und Mensch insbesondere in den Ländern des globalen Südens (Erdschöpfungstag, ökologischer Fußabdruck, Einkommensverteilung).

Ich setze mich für eine nachhaltige Entwicklung auf Grundlage der Menschenrechte ein. Globale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Frieden sind eng miteinander verbunden. Darum setze ich mich für eine globale Entwicklung ein, die das Wohlergehen der Menschen und ökologische Nachhaltigkeit verknüpft. Die Menschheit verfügt über die politischen, wirtschaftlichen und technologischen Mittel, um faire Chancen für alle zu schaffen und sie im Einklang mit der Natur zu nutzen. Es hängt vom politischen Willen ab, ob sie davon Gebrauch macht. Viele selbst geschaffene Probleme gilt es dabei zu überwinden: Unser Wirtschafts- und Wachstumsmodell stößt an planetare Grenzen. Hunger, Armut und wachsende Ungleichheit, Kriege und die Klimakrise zerstören menschenwürdige Lebensbedingungen. Millionen Menschen sind gezwungen zu fliehen. Verschuldung, Korruption und ein ungerechtes Welthandelssystem verschlimmern die Lage. Je länger wir warten, desto schwerer wird die Erblast für künftige Generationen. Hinzu kommt die Corona-Pandemie; sie verschärft die globalen Krisen. Beim Neubau oder Wiederaufbau von Strukturen, die die Pandemie zerstört hat, muss die Weltgemeinschaft die Chance nutzen, es besser zu machen.

Mit der Agenda 2030 und ihren 17 globalen Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) sowie dem Klimaabkommen von Paris hat die Weltgemeinschaft im Jahr 2015 einen Aufbruch mit klaren Zielen versprochen: Hunger und Armut weltweit zu beenden, Wohlstand gerechter zu verteilen und so zu wirtschaften, dass unsere Lebensgrundlagen erhalten bleiben – und zwar in allen Ländern, unabhängig von ihrer sozioökonomischen Lage. Die beiden Abkommen sind neben den grundlegenden Menschenrechten der zentrale Orientierungsrahmen für grüne Entwicklungspolitik. Sie sind die Richtschnur einer weltweit notwendigen sozial-ökologischen Transformation, die sofort beginnen kann und muss. Unser Wohlstand darf nicht länger auf der Ausbeutung von Menschen und Ressourcen – insbesondere in Ländern des Globalen Südens – aufbauen. Wir müssen zu einer Wirtschaftsweise kommen, die unsere Lebensgrundlagen erhält, Ungleichheit verringert sowie Ressourcen gerechter verteilt.

These 2: Die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen der bisher weitgehend unkontrolliert abgelaufenen Globalisierung müssen stärker in den Blick genommen werden. Das mit Mühen verabschiedete deutsche Lieferkettengesetz kann nur ein erster Schritt sein und darf weder das geplante weitreichendere EU-Gesetz noch den UN-Treaty-Prozess behindern (UN-Leitprinzipien für Unternehmen und Menschenrechte).

Das beschlossene Lieferkettengesetz sehe ich auch nur als ersten Schritt. So ist es völlig inakzeptabel, dass die Umweltverantwortung nur halbherzig berücksichtigt wird, und die von Ihnen gewählte Unternehmensgröße sorgt

letztlich dafür, dass die meisten Unternehmen nicht für etwaige Menschenrechtsverstöße zur Verantwortung gezogen werden können die zivilrechtliche Haftung muss berücksichtigt werden.

Die Beschränkung auf die direkten Vertragspartner*innen verstößt gegen die UN-Leitprinzipien, besondere Problembereiche wie die Landwirtschaft, den Bergbau, die Fischerei stehen außerhalb.

Ein ausreichendes Lieferkettengesetz muss auch dafür sorgen, dass deutsche Konsumartikel nicht mehr durch die Länder des Globalen Südens subventioniert werden, in denen übelste Arbeitsbedingungen bei inakzeptabler Bezahlung vorherrschen und in denen zulasten der Umwelt ein Wettlauf um die niedrigsten Kosten stattfindet. Diese Länder zahlen unsere Zeche.

Hinzu kommt, dass eine vorausschauende Politik auf faire Beziehungen zu anderen Nationen setzt. Die Beziehungen, die auf Ausbeutung von billigen Arbeitskräften und Ignoranz gegenüber der Umwelt basieren, sind nicht nachhaltig, sondern schlicht neokolonial. Eine wirksame Sorgfaltspflicht im Gesetz ist also eine Investition in die Zukunft.

These 3: Gerechte Handelsbeziehungen und faire Investitionsabkommen müssen in den Ländern des globalen Südens mehr Wertschöpfung ermöglichen, angepasste Arbeitsplätze schaffen und Binnenmärkte stärken. In Deutschland bedarf es einer kohärenten Entwicklungspolitik (Fluchtursachen, existenzsichernde Mindestlöhne, Kapitalverkehrskontrollen).

Wir wollen die Globalisierung ökologisch nachhaltig und sozial gerecht gestalten. Handel muss dabei dazu beitragen, die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts - Klimakrise, Ressourcenverschwendung, den vielfach ungebremsten ökologischen Raubbau, Armut und Hunger, gewalttätige Konflikte und in der Folge die Flucht von Millionen Menschen - zu lösen statt sie weiter zu verschärfen. Das Beispiel der Europäischen Union zeigt, dass richtig ausgestalteter Handel Lebensqualität und Wohlstand steigern kann. Doch das Beispiel der EU zeigt auch: Fairer Handel braucht gute Rahmenbedingungen, klare Regeln und wirksame demokratische Kontrolle. Wir werben deshalb dafür, dass Handel auf starke Regeln statt auf einseitige Liberalisierung setzt. Nur so legt er das Fundament für eine faire globale wirtschaftliche Zusammenarbeit. Wir sagen: Nur fairer Handel ist freier Handel.

Zum Fairen Handel finden Sie hier unseren Fraktionsbeschluss:
[Nur fairer Handel ist freier Handel \(gruene-bundestag.de\)](https://www.gruene-bundestag.de)

These 4: Die deutsche Wirtschaft überschreitet seit vielen Jahren schon den im EU-Vertrag festgelegten Höchstwert des Leistungsbilanzüberschusses von 6 % des Bruttosozialproduktes. Die einseitige Außenwirtschaftsförderung, u.a. die subventionierte Überproduktion in der Landwirtschaft, beschert uns zwar kurzfristig Arbeitsplätze im Inland - aktuell auch in unserem Landkreis - , erhöht jedoch die Verschuldung von Ländern, die nicht im Gegenzug ihre Produkte zu angemessenen Preisen liefern oder entsprechende Dienstleistungen anbieten können. Deutschland muss die Interessen wirtschaftlich schwächerer Länder stärker berücksichtigen.

Nach Jahren des handelspolitischen Stillstands, der Blockade multilateraler Organisationen und der Eskalation von Strafzöllen bietet die US-Präsidentschaft von Joe Biden die Chance auf einen Neustart der internationalen Handelspolitik mit einer starken Agenda für Klima, Menschenrechte und Multilateralismus. Während Handelspolitik lange einseitig auf Liberalisierungen für die Wirtschaft bedacht war und unter dem ehemaligen US-Präsidenten Trump dann vollends zum Erliegen kam, hat sich nun ein Fenster geöffnet, in dem echte Veränderungen des Handelssystems möglich sind. Diese Chance für eine proaktive handelspolitische Agenda muss die EU, unterstützt durch die Bundesregierung, nun ergreifen und eine internationale Bündnisstrategie für eine multilaterale Handelsordnung ins Leben rufen, die allen Ländern offensteht und einen fairen und regelbasierten Handel anstrebt. Auch wenn das internationale Umfeld schwierig bleibt und grundlegende geopolitische Konflikte keineswegs ausgeräumt sind, gibt es viel Raum für progressive Ideen. Das Momentum war schon lange nicht mehr so günstig für eine Handelspolitik, die wieder in der Lage ist, aktiv zu gestalten und strukturelle Verbesserungen herbeizuführen. Es besteht die realistische Möglichkeit den Grundstein für eine ökologisch-soziale Transformation zu legen mit dem Ziel einer Handelspolitik die sich an den planetaren Grenzen orientiert und Menschenrechte schützt und dabei ökologisch nachhaltig sowie sozial gerecht ausgestaltet ist. Wir brauchen einen fairen Handel, der allen Menschen dient und deren Rechte in den Abkommen schützt.

Zu Grünen Vorschlägen zur Handelspolitik lesen Sie bitte hier unseren aktuellen Antrag:

[Drucksache 19/30882 \(bundestag.de\)](https://www.bundestag.de)